Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 30. November 1928
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 8937–8943. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ." erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt
Literarische Beilage • Frau und Welt
Kraft und Stoff • Weltverkehr

Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. für 53 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
30. 11. 28 Nr. 561
10 Pfennig

Unsere Meinung

Berlin, 29. 11.

Für den deutschen Rundfunk besteht unter dem Namen „drahtloser Dienst" eine politische Nachrichtenredaktion, die für die gesamten deutschen Sender ein Monopol besitzt. Diese „Dradag", an der das Reich mit 51 Prozent beteiligt ist, hat nun eine Generalversammlung abgehalten, in der eine Reserve von 225 000 Mark dem Reichsministerium des Innern für „gemeinnützige Zwecke" überwiesen wurde; ferner wurden alsdann für eine Reihe von Teilnehmern überraschend, 14 neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt. In diesem Vorgang konnte man einen weiteren Versuch zur **Politisierung des Rundfunks** erblicken, um so mehr, als die Vertretung des Reichs in der „Dradag" dem Reichsminister des Innern, also zur Zeit dem Sozialdemokraten **Severing**, obliegt. Aus Kreisen der Gesellschaft wird jedoch mitgeteilt, daß der Grundsatz, nach welchem die Ergänzung des Aufsichtsrats vorgenommen wurde, nicht eine Verstärkung des Einflusses der politischen Parteien war, sondern die Anbahnung einer engeren Zusammenarbeit des Rundfunks mit Presse und Nachrichten-Organisationen sowie mit Vertretern der organisierten Rundfunkhörer. Soweit eine parteipolitische Zuachörigkeit der Aufsichtsratsmitglieder erkennbar ist, sind zum Beispiel erst kürzlich Deutschnationale und die Sozialdemokratische Partei gleich stark vertreten." — Wozu nur zu bemerken ist, daß zwar der Wille der zunächst Beteiligten zur Objektivität nicht anzuzweifeln ist, daß aber der maßgebende Einfluß des Reichsministeriums des Innern und des roten Preußen sicher eine parteipolitische Gefahr für den Rundfunk darstellt. Auch hier kann sich also wieder einmal die Wahlfaulheit des Bürgertums rächen. Im übrigen scheint es sich eines Fehlkonstruktion, daß der politische Rundfunkdienst nicht der Reichskanzlei bzw. der Pressezentralen der Reichsregierung unterstellt statt dem Reichsministerium des Innern.

Die Aktion des auf allen Gebieten übrigen sozialistischen Reichsinnenministers **gegen die Rentabilität der Reichsbahn**, bei der der schändlichen Arbeitsstag durchgeführt werden soll, erinnert wieder einmal daran, wie sehr die Reichsbahn in ihrer exponierten Stellung Spiegelbild der deutschen Gesamtwirtschaft ist. Weder die gesamte Volkswirtschaft, noch auch ein einzelner Riesenbetrieb wie die Reichsbahn, ist auf die Dauer existenzfähig, wenn die maßgebende Beherrschung durch gleich zwei wirtschaftsfeindliche Faktoren, Sozialismus und Reparationslasten, immer stärker wird. Je tiefer die Reichsbahn in diese unheilvollen Einwirkungen verstrickt wird, desto stärker muß das nach der Gesamtwirtschaft hinausstrahlen. Kein Wunder, daß alsbald der Gedanke einer abermaligen Tariferhöhung aufgetaucht ist. Die bei der angestrebten Arbeitszeitverkürzung notwendigen Neueinstellungen werden, wie an anderer Stelle ausgeführt wird, auf rd. 70 000 Köpfe geschätzt. Das erfordert Mehraufwendungen von rd. 270 Millionen, ein Betrag, der auch dann als 300 Millionen steigen könnte, je nachdem bei den Neueinstellungen das zahlenmäßige Verhältnis von Beamten und Arbeitern ist. Die Aufbringung derartig gewaltiger Summen ist unter Beibehaltung der jetzigen Verhältnisse überhaupt nicht möglich. Nach dem Voranschlag für das Geschäftsjahr 1929 reichen die Einnahmen gerade aus für die Durchführung eines geordneten Betriebes, aber nicht einmal für die notwendig gewordenen Ersatzbauten. Der Vortrag aus 1927 ist für unerlässliche Bauten vollkommen aufgebraucht. Die Aussichten auf eine Anleihe sind noch wie vor denkbar ungünstig. Einer Anleihe im Ausland stehen die bekannten Reparations-Widerstände entgegen, der Inlandsmarkt ist nicht aufnahmefähig. Dabei ist der Mindest-Anleihebetrag, der den Bedarf nur auf das allerknappste befriedigen würde, mit rd. 250 Millionen Mark anzunehmen. Im übrigen wird die Reichsbahn in den kommenden Monaten in eine Periode stark sinkender Einnahmen hineingehen, nachdem mit den Herbstmonaten der Gipfel der Saison überschritten ist. Es ist selbstverständlich nicht als verantwortungsbewußte Politik zu bezeichnen, wenn man erneut die Unkosten der bereits schwer angespannten Reichsbahn nach oben schraubt und im übrigen abwartet, was dann wohl kommen mag. Aber vielleicht übernimmt das Reich in Konsequenz der Sozialisierung die seinerzeit der Reichsbahn aufgebürdete Pensionslast?

*

Propaganda auf dem Balkan — ein umfangreiches und düsteres Kapitel. So läßt sich jetzt in der Weltpresse eine politische **Kampagne gegen Bulgarien** verfolgen, die auf überaus trübe Quellen zurückgeht. Wir lesen von Unruhen, ja von einem drohenden Umsturz in diesem durch das Friedensdiktat schwer leidenden Lande. Wir hören, daß in Sofia Belagerungszustand erklärt worden sein soll, daß angeblich daß in den Grenzgebieten Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Freischärlern aus Mazedonien stattfinden. In der Hauptstadt bereitet man sich sogar, wenn man diesen Nachrichten glauben wollte, zur Ausrufung einer Diktatur vor. In Wirklichkeit herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung in Bulgarien. Das Land hat natürlich sein mazedonisches Problem, über das gerade in der „DAZ." ausführlich gehandelt worden ist. Aber irgendwelche aktuellen Ereignisse geschäftlichen Charakters sind nicht vorgekommen, und die deutschen Kaufmännischen und politischen Stellen, die über Bulgarien genauestens informiert sind, können sich über die erwähnten phantastischen Gerüchte nicht genug wundern. — Wie ist es also möglich, daß solche Ammenmärchen Eingang in die Weltpresse finden? Die Erklärung ist sehr einfach: Die Emittierung der bulgarischen Völkerbundanleihe steht bevor, und manche Belgrader Freunde Bulgariens haben offenbar ein Interesse daran, dieser finanziellen Transaktion Schwierigkeiten zu machen und den Kredit Bulgariens zu schädigen. Das geschieht, wie oben gezeigt, in einer so unfairen und der Wahrheit widersprechenden Weise, daß man die politischen Manieren, die zu solchen Manövern führen, einmal niedriger hängen muß.

Verschiebung der Koalitionsverhandlungen

Reichskanzler Müller macht einen Vermittlungsversuch im Eisenkonflikt

Nachdem die Verhandlungen im Industriegebiet selbst zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben, sollen die Vermittlungsversuche im Eisenkonflikt jetzt in **Berlin** fortgesetzt werden. Am Freitag werden die Vertreter der Unternehmer und die Vertreter der Arbeiter in getrennten Verhandlungen vom **Reichskanzler Müller** darüber gehört werden, ob sie bereit sind, sich an einer Vermittlungsaktion zu beteiligen, die von einer (beide Parteien genehmen) autoritativen Persönlichkeit ausgeht, und ob sie gewillt sind, deren Entscheidung anzunehmen.

Außer den erwähnten Vertretern der beiden Parteien aus dem Ruhrgebiet ist sich auch Regierungspräsident **Bergemann** nach Berlin begeben. Ebenso ist anzunehmen, daß die ins Ausserrungsgebiet entsandte interministerielle Untersuchungskommission bereits am Freitag das Ergebnis ihrer Arbeit wird vorlegen können.

Mit Rücksicht auf diese politisch und wirtschaftlich gleich wichtigen Besprechungen werden die auf Freitag angesetzten ersten offiziellen Verhandlungen über die Große Koalition verschoben werden, da zur Stunde die parlamentarischen Ausdrücken der Lage des Eisenkonflikts überhaupt nicht absehen sind.

Volkspartei gegen Hirtsieser

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion trat Donnerstag nachmittag unter Anwesenheit des Reichsbauministers Dr. **Stresemann** und des Reichswirtschaftsministers Dr. **Curtius** zusammen. Als Ergebnis der Verhandlungen, die eine Fortsetzung der bereits am Mittwoch gepflogenen Fraktionsbesprechungen über den Eisenkonflikt darstellen, wurde folgende am 28. November einstimmig gefaßte Entschließung bekanntgegeben:

„Der Reichsregierung ist durch Beschluß des Reichstages vom 17. November d. J. die Ermächtigung gegeben worden, Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Ausfall des Ausperrungsgebietes in Gemeinschaft mit Preußen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen. Nach dem am 17. November gefassten Beschluß war in jedem Fürsorgefall die Bedürftigkeit zu prüfen. Am 19. November hat jedoch das preußische Polizeiministerium eine Verfügung getroffen, wonach praktisch jedem ausgesperrten Arbeitnehmer die volle Fürsorgeleistung zu gewähren ist ohne Rücksicht auf etwaige Unterstützung von Hilfsvereinen.

Die Voraussetzung der Hilfsbedürftigkeit ist damit im wesentlichen fallen gelassen worden. Die Folge ist, daß in vielen Fällen organisierte Ausgesperrte mehr oder nahezu die gleiche Unterstützung erhalten, wie sie im Arbeitsfalle Lohn beziehen würden.

Diese Praxis ist finanziell sehr bedenklich, verstößt aber auch gegen die Industrieschiedsgesetze, welche der Staat in allen Wirtschaftskämpfen aufrechterhalten muß, und läßt befürchten, daß der Arbeitskampf auf ungemessene Zeit verlängert wird. Die Fraktion nimmt von dem Beschluß der Reichsregierung Kenntnis, eine Kommission in das betroffene Gebiet zur Untersuchung und Abstellung von Mißbräuchen zu entsenden und erwartet eine beschleunigte Erledigung dieser Frage.

Die Fraktion stellt fest, daß der Reichstagsbeschluß vom 17. November keine Mittel für den Arbeitskampf im Sinne der Richtlinien des preußischen Wohlfahrtsministeriums zur Verfügung stellt und ersucht die Reichsregierung, keine Auszahlungen auf Grund des Beschlusses vom 17. November zu leisten, bevor nicht die geschilderten Mißstände abgestellt sind."

Aus volksparteilichen Kreisen erfahren wir weiter: Reichsminister a. D. Dr. Scholz hat bereits am Nachmittag des 28. im einstimmigen Auftrag der volksparteilichen Reichstagsfraktion dem Reichskanzler von den Verhandlungen in der Fraktion über die Mißstände bei der Gewährung von Unterstützungen an die ausgesperrten Arbeiter Kenntnis gegeben und ihn auf die ernsten politischen Folgen aufmerksam gemacht, die sich daraus ergeben.

*

Die Entschließung der Deutschen Volkspartei wiederholt mit unangreifbaren sachlichen und juristischen Argumenten die Kritik, die das Verhalten des preußischen Wohlfahrtsministers in der Frage der Unterstützungen mit Recht gefunden hat. Diese Entschließung, ihre Veröffentlichung und der gleichzeitige Schritt des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz beim Reichskanzler stellen zusammen einen energischen und berechtigten Protest der Deutschen Volkspartei dar, einen Protest, dessen politische Bedeutung nicht verkannt werden darf.

In der Tat ist die Art und Weise, wie sich die Sozialdemokratie und ihre Bundesgenossen gegenüber der Deutschen Volkspartei in der Unterstützungsfrage verhalten haben, mit der nötigen Loyalität zwischen Koalitionsteilnehmern nicht mehr vereinbar. Man erinnert sich, welche schweren Bedenken die Deutsche Volkspartei zurückstellen mußte, als sie im Reichstage der Unterstützungsaktion überhaupt zustimmte. Ohne Rücksicht auf den völlig eindeutigen Beschluß des Reichstages hat dann der preußische Wohlfahrtsminister in seinen Ausführungsbestimmungen genau das zugestanden, was der Reichstag ausgeschaltet wissen wollte.

Freilich steht dieses Verhalten des preußischen Ministers völlig im Einklang mit dem Vorgehen seines Herrn und Meisters, des preußischen Ministerpräsidenten Braun, der sich in der preußischen Koalitionsfrage nicht im mindesten an seine Zusagen erinnern lassen will. Solche Methoden sind sicher nicht geeignet, eine loyale, haltbare und aktionsfähige „Große Koalition" vorzubereiten. Wir hoffen, daß die Deutsche Volkspartei sich durch diese Manieren ebensowenig imponieren läßt wie durch die Drohungen, die von anderer Seite in die Welt gesetzt werden. Wenn z. B. in den Christlichen Gewerkschaften und im Zentrum weiter mit dem Gedanken des Betriebszwanges, d. h. eines Notgesetzes zwecks gewaltsamer Oeffnung der Betriebe, gespielt wird, oder wenn von anderer Seite sogar das Wort „Generalstreik" in die Debatte geschleudert wird — was allerdings der „Vorwärts" sofort zu dementieren sich beeilt hat —, so muß die Deutsche Volkspartei nur um so schärfer auf ihrem Standpunkt beharren.

Täte sie das nicht, dann wäre sie in einer künftigen Großen Koalition in der Tat zu der Rolle verurteilt, die ihr der „Tag aller Preußen" zugedacht hat.

Ernste Mahnung der Düsseldorfer Handelskammer

ab. **Düsseldorf**, 29. 11. (Eigenbericht)

In der heutigen Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer entwarf der Geschäftsführer Dr. **Wilden** ein sehr ernstes Bild von der Wirtschaftslage im Bezirk der Handelskammer.

Die Handelskammer hätte sich, ihrem Wesen getreu, darauf beschränkt, Ursache, Verlauf und Folgen des Eisenkampfes zu erforschen und zu begutachten, wenn nicht sogar Bestrebungen im Gange wären, sie in diesen mit dem Einwurf der ihentlichen Anwaltsnote beauftragt sei, erledigte sich dadurch, daß die englische Regierung, wie gemeldet, bereits vor zwei Tagen ihrerseits einen eigenen vom Schapamt ausgearbeiteten Antwortentwurf in Paris, Rom und Brüssel überreicht hat.

Zur Beschleunigung des Meinungsaustausches hat England angeregt, daß die Pariser Botschafter Belgiens, Italiens und Japans sich an den Verhandlungen über die Antwortnote beteiligen.

Die Vorbereitungen für ein einheitliches englisches Kohlensyndikat

sx. **London**, 29. 11. (Eigenbericht)

In London trat heute eine Konferenz der Kohlengrubenbesitzer aus sämtlichen großen Kohlenbezirken zusammen. Die Konferenz unterkuchte die Möglichkeit, die bestehenden drei fondsartigen Vereinbarungen in Schottland, den Midlands und Südwales zu vereinigen und ein einziges großes englisches Kohlenverkaufs- und Produktionsschema auszuarbeiten. Am Schluß der Konferenz wurde ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt, es sei ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen, man sei mit den Verhandlungen zufrieden und hoffe, daß weitere Fortschritte zu machen.

„Iswestija" beklagt sich

mf. **Moskau**, 29. 11. (Eigenbericht)

Die heutige hochoffizielle politische Wochenschau der „Iswestija" beklagt das Schweigen **Stresemanns** über die deutsch-russischen Beziehungen gegenüber dem Anti-Sowjetblock der ehemaligen Entente. Die Rede Stresemanns sei ein Symptom für die unnehmende Westorientierung Deutschlands, während tatsächlich eine amerikanisch-deutsch-russische Annäherung den wahren Interessen Berlins entsprechen würde. Der englisch-französische Block rufe sich sowohl gegen Amerika wie gegen die Sowjetunion. Auch Chinas Interessen gingen mit denen Washingtons und Moskaus gegenüber der von London und Tokio befolgten Politik konform.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Jugoslawien

kbg. **Wien**, 29. 11. (Eigenbericht)

Auf der Eisenbahnlinie Belgrad-Topcider hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet. Es ist dieses das dritte in dieser Woche auf dem jugoslawischen Bahnnetz. Ein Lastzug und ein Personenzug sind auf dem Gleis gegeneinandergefahren. Acht Personen sind schwer verletzt, ein serbischer Kaufmann ist getötet und mehrere Personen sind leicht verletzt worden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Aus dem Inhalt

276 Millionen Mehrbelastung für die Reichsbahn. Seite 2.

★

Reichstag und Technische Nothilfe. Seite 2.

★

Die Neuregelung des Rechts der unehelichen Kinder vor dem Reichsrat. Seite 2.

★

Musik und Musiker. Seite 5.

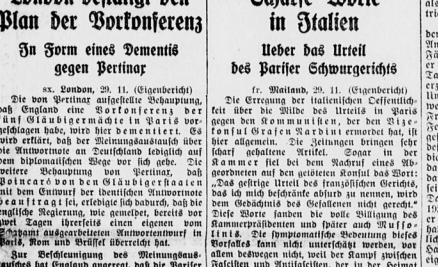
★

Vom Wert der Luftenforschung (Prof. Dr. Oskar Fliegner). Seite 5.

★

Die abgelöschten Kalendermacher (Berliner Stadtverordnetenversammlung) Seite 6

Englands König in gesunden Tagen



König Georg bei der Lieblingsbeschäftigung in seinen Mußestunden, dem Steuern seiner Yacht „Britannia"

London bestätigt den Plan der Vorkonferenz

In Form eines Dementis gegen Pertinax

sx. **London**, 29. 11. (Eigenbericht)

Die von Pertinax aufgestellte Behauptung, daß England eine Vorkonferenz der fünf Gläubigermächte in Paris vorgeschlagen habe, wird hier dementiert. Es wird erklärt, daß der Meinungsaustausch über die Antwortnote an Deutschland lediglich auf dem diplomatischen Wege vor sich gehe. Die weitere Behauptung von Pertinax, daß Poincaré von den Gläubigerstaaten mit dem Entwurf der ihentlichen Antwortnote beauftragt sei, erledigte sich dadurch, daß die englische Regierung, wie gemeldet, bereits vor zwei Tagen ihrerseits einen eigenen vom Schapamt ausgearbeiteten Antwortentwurf in Paris, Rom und Brüssel überreicht hat.

Zur Beschleunigung des Meinungsaustausches hat England angeregt, daß die Pariser Botschafter Belgiens, Italiens und Japans sich an den Verhandlungen über die Antwortnote beteiligen.

Die Vorbereitungen für ein einheitliches englisches Kohlensyndikat

sx. **London**, 29. 11. (Eigenbericht)

In London trat heute eine Konferenz der Kohlengrubenbesitzer aus sämtlichen großen Kohlenbezirken zusammen. Die Konferenz unterkuchte die Möglichkeit, die bestehenden drei fondsartigen Vereinbarungen in Schottland, den Midlands und Südwales zu vereinigen und ein einziges großes englisches Kohlenverkaufs- und Produktionsschema auszuarbeiten. Am Schluß der Konferenz wurde ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt, es sei ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen, man sei mit den Verhandlungen zufrieden und hoffe, daß weitere Fortschritte zu machen.

Scharfe Worte in Italien

Ueber das Urteil des Pariser Schwurgerichts

fr. **Mailand**, 29. 11. (Eigenbericht)

Die Erregung der italienischen Oeffentlichkeit über die Milde des Urteils in Paris gegen den Kommunisten, der den Bizekonsul Grafen Nardini ermordet hat, ist hier allgemein. Die Zeitungen bringen sehr scharf gehaltene Artikel. Sogar in der Kammer fiel bei dem Nachruf eines Abgeordneten auf den getöteten Konsul das Wort: „Das gestrige Urteil des französischen Gerichts, das ich nicht beschränke erhard zu nennen, wird dem Gedächtnis des Gefallenen nicht gerecht." Diese Worte fanden die volle Billigung des Kammerpräsidenten und später auch Mussolinis. **Die symptomatische Bedeutung dieses Vorfalles kann nicht unterschätzt werden, vor allem deswegen nicht, weil der Kampf zwischen Faszismus und Antifaszismus, der in der Heimat erledigt ist, so gut wie nur noch auf französischen Boden ausgetragen wird und ständig die Beziehungen der beiden Länder belastet.**

In diesem Zusammenhang verdient auch ein Artikel des „Popolo di Roma" Erwähnung, der sich mit dem jüngst in Mailand veranstalteten italienischen Zionistenkongreß beschäftigt. „Italien", sagt das Blatt, „hat bisher nichts mit Antisemitismus zu tun gehabt, und auch wir Faszisten sind keine Antisemiten, obwohl der Antisemitismus gerade unter den Juden seine Hauptstütze hat. Aber die zionistischen Bestrebungen laufen darauf hinaus, einen Staat im Staate zu bilden und die jüdischen Italiener von den übrigen Italienern abzusondern. Das ist eine Bestrebung, die der faszistische Nationalismus unter keinen Umständen dulden wird."

Die Afrika-Differenzen Italien—Frankreich

Grenzfragen zwischen Lybien und dem Sahara-Gebiet

fr. **Mailand**, 29. 11. (Eigenbericht)

Ueber die italienisch-französischen Auseinandersetzungen über die Neufestsetzungen der Grenzen zwischen dem italienischen Lybien und dem französischen Sahara-Gebiet bringt das „Giornale d'Italia" heute einen Beitrag. Nach französischer Auffassung ist die ganze Frage gegenstandslos, und zwar für die Westgrenze im September 1919, für die Ostgrenze im Oktober 1925 und für die Südgrenze im Jahre 1899. Letztere Vereinbarung erkennt Italien nicht an. Denn es handelt sich dabei um eine englisch-französische Erklärung gegenüber dem türkischen Sultan, in der sich die beiden Regierungen auf Grund der Ausschließung jeder türkischen Ansprüche verpflichteten, derselben garantieren. Dies ist die italienische Auffassung, die dadurch bewiesen wird, daß noch nach dem Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges im Jahre 1911 das Gebiet von Boreu von den Türken verwaltet worden ist. Die französische Zeitschrift „Afrique francaise" hat diese italienische Behauptungen allerdings bestritten und sagt, daß die betreffende Gegend, auf die Italien Anspruch mache, schon zur Zeit des Krieges mit den Türken seine politische Beziehung mehr gehabt habe, sondern nur noch in religiöser Verbindung mit den Senussen gestanden habe. Aber das „Giornale d'Italia" ist in der Lage, das Fatsimile eines Schreibens zu veröffentlichen, das am 12. Januar 1912, also nach dem Ausbruch des Krieges, von dem französischen Kommandanten des militärischen Tschads-Territoriums, Oberstleutnant Largeau, an den Kommandanten der ottomanischen Kräfte in Ain Galakka (Boreu) gerichtet hatte, und in dem über Plünderungen von türkischen Untertanen aus dem Gebiete von Boreu auf dem französischen Verwaltungsgebiete Klage geführt wird.

Washington, 29. 11. (Sonderdienst der DAZ.) Das Kriegsdepartement beantragt 2400 Flugzeuge und begründet diese Forderung damit, daß die gegenwärtig als Militärflugzeug verwendete Liberty-Maschine unzweckmäßig und unökonomisch ist und durch ein anderes System ersetzt werden soll.

London, 29. 11.

Wie verlautet, haben die Rezate erklärt, daß „General" Boyd außer Gefahr ist und sie Hoffnung auf seine völlige Wiederherstellung haben.

Schon wieder römischer Klatsch über Archäologisches

Beleuchtet von Geh. Rat Prof. **Franz Studniczka**, Univ. Leipzig

Vor einigen Wochen brachten die „Leipziger Neuesten Nachrichten", sogar an „leitender Stelle", einen Aufsatz „aus römischen Kreisen" gegen unser dortiges Archäologisches Institut. Er war auf Grund von Unrichtigkeiten und entsprang der vaterländischen Absicht, diesem bald hundertjährigen Organ deutscher Wissenschaft und ihrer Belebung den Strick des Verbots zu hängen und den unumgänglich nötigen Neubau zu hintertreiben. Heute, am 28. November, liest man in demselben Blatte einen neuen „Klienten" Aufsatz aus Rom: „Nicht Donatello, sondern nur — Dossena" (d. h. der eben „berühmt" gewordene nachsinnende Bildhauer, pulgo Fälscher). Als Verfasser wird der römische Wi.-Vertreter" der „Leipziger Neuesten Nachrichten" genannt. Beiläufig: eine seltsame Sprachform, da wir doch auch nur von Regierungsvertretern, Gläubigervertretern, Fachvertretern und dergleichen sprechen. Gemeint ist „unser Vertreter Wi". Das ist, wie männiglich bekannt, Dr. phil. Willis, ein gelernter Kunsthistoriker, der als solcher auch klassische Archäologie getrieben hat.

Wohl deshalb glaubt er sich berufen, in dem erwähnten Aufsatz auch über die Anikten zu sprechen, die von dem großen Fälschungsskandal mitbetroffen werden. Aber er hat nicht die Zeit gefunden, sich über die Tatsachen einigermaßen zu unterrichten. So erzählt er etwas vielleicht „Pikantes", aber Unwahres über einen, der sich nicht mehr wehren kann: über meinen langjährigen Freund John Marshall, der leider im Februar also nicht vor einigen Wochen) verstorben ist. Dieser englische Gelehrte, dessen etwa 30 Jahre dauernde Tätigkeit die Museen in Boston und New York mit das Beste von ihren Antikenschätzen verdanken, „soll zahrlang gefälscht worden sein", offenbar durch gefälschte Antiken. Daran ist nur so viel wahr, daß Marshall 1926 eine kleine Marmorfigur kaufte, die er bald darauf selbst für nicht echt ansah. Ich halte, nach guten Photographien, für möglich, daß er darin irrte, daß wenigstens das Hauptstück der Statuette alt ist, nur nichts eigentlich Gutes.

Ganz ohne Vorbehalt erzählt der „Wi-Vertreter" folgendes: „Die Glyptothek in München" erwarb vor einiger Zeit eine „archaische" Gruppe, deren Echtheit jetzt ebenso angezweifelt wird". Die Glyptothek" erwarb, leider, diese Gruppe nicht. Angezweifelt wird sie allerdings seit ihrem Auftauchen (1926) von vielen. Aber nicht alle das Werk eines anderen „Meisters". Denn es ist unrichtig, daß „Dossena sich auf florentinische Renaissance spezialisiert hätte". Dieser Bildhauer aus Cremona hat wohl zuerst die Renaissanceplastik nachgebildet, und die seiner lombardischen Heimat. Dann hat er aber nicht gewagt in altertümlich-griechischen Stile gefälscht. Auf eine Athena im Gigantenkampfe wäre beinahe ein ausserdeutsches Museum hereingefallen, und es gibt heute noch vereinzelte Fachleute, die sie für echt halten. Mit dieser und einer andern sicheren Fälschung Dossenas wurden nun auch jene Gruppe, weil von denselben Leuten in den Handel gebracht, zusammengeworfen. Deshalb hat sie noch keine Sammlung zu kaufen gewagt. Wasser auf die Mühle dieser Unwissenden, für Leichtgläubige, ist es, daß jetzt der Fälscher selbst, im Rechtsstreit mit seinen laxa zahlenden Auftraggebern, auch die Gruppe als sein Werk in Anspruch nimmt. Aber wer seine „Beweisstücke" für diese Behauptung ansehen hat (wie ich es, obgleich nicht in Rom wohnhaft, vor einigen Wochen getan habe), der wird sich mit Kopfschütteln finden; ganz im Gegensatz zu den wirklich zwingenden Beweisen Dossenas für seine Urheberschaft an der erwähnten Athena. Die Gruppe bekam sich etwa fein Weihnachten zur Begutachtung in München, zwischendurch etwa zwei Monate im Leipziger Archäologischen Institut. Nach etwa zwölf Tage lang konnte ich sie dann in München mit der falschen Athena genau durchvergleichen. Das Ergebnis ist meine feste Ueberzeugung, die leitenden Glyptothekdirektoren Wolters und Sieveking sowie von dem Berliner Museumsdirektor Zahn, der zufällig auch in München war, nachdrücklich geteilt wird: daß die Athena falsch, die Gruppe aber gedacht und, trog falscher Erhaltung, kunstgeschichtlich unbedenklich ist.

Wir alle bedauern, daß die Geldmittel nicht zu beschaffen sind, um auch dieses archaische Marmorwerk in Deutschland festzubalten. Wohl aber wird es bei uns veröffentlicht werden. Im Druck ist eine erste Ausgabe im Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts. Denn auch sein Leiter, Professor Rodenwaldt, hat sich, gleich andern deutschen Archäologen, durch eigene Prüfung von der Echtheit des Marmorwerks überzeugt. Natürlich wird nach dieser ersten sachlichen Veröffentlichung das Geschrei, es handle sich wieder um ein Abert Dossenas, erst recht weitertoben. Aber ähnlich ging es 1911, als daselbe Jahrbuch das nach Boston gelangte Gegenstück zu dem herrlichen Ludovisischen Relief mit der Geburt Aphrodites herausgab, obgleich auch jenes Gegenstück mindestens von einem halben Dutzend namhafter Sachgelehrter verurteilt oder verdächtigt wurde: ähnlich auch mit den zwei archaischen Marmorgöttinnen der Berliner Museen, usw. Nach diesen Fehlurteilen kräht heute kein Sachkundiger Hahn mehr. So wird es in einigen Jahren auch mit der Gruppe ergehen, über die jetzt ein Kunsthistoriker, der

New York, 29. Nov. Die amerikanischen Märkte blieben heute geschlossen.